

Artikel vom 13.05.2011

Euro-Krise Reißt Griechenland den Euro in den Abgrund?

Von news.de-Redakteur Ralf Knüfer

In der Eurozone geht die Angst um. Die Griechen bekommen ihre Schulden nicht in den Griff. Es droht der Zerfall des Euro, vielleicht sogar eine neue Finanzkrise. *News.de* erklärt die Ursachen und stellt Lösungsszenarien vor.

«Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen, und die Akropolis gleich mit», so schrieb die *Bild* im vergangenen Oktober. Erst ein halbes Jahr zuvor war die EU dem maroden Staat über den Rettungsfonds von 110 Milliarden zu Hilfe geeilt. Schon damals befürchteten Kritiker, dass es damit nicht getan sein könnte. Kaum ein Jahr später scheinen sie recht zu behalten.

Als Folge eines radikalen Sparprogramms, das die EU dem Land verordnete, fingen sich die Griechen eine Rezession ein. Die Steuereinnahmen sind in den ersten drei Monaten dieses Jahres um acht Prozent eingebrochen. Die angestrebte Konsolidierung des Staatshaushalts rückt deswegen in weite Ferne. Schlimmer noch, die Schulden stiegen im vergangenen Jahr von rund 300 auf 330 Milliarden Euro, was [in etwa 143 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entspricht](#).

Seit Ende vergangener Woche [Gerüchte über einen Austritt Griechenlands aus dem Euro](#) verbreitet wurden, ist der Streit um die griechische Schuldenkrise heftiger denn je entbrannt. Zwar dementierten [führende Vertreter der EU und Griechenlands die Gerüchte umgehend](#), doch die Sorge bleibt, dass die Griechen aus eigener Kraft nicht in der Lage sein werden, ihre Schulden zu begleichen.

Krise durch Bankenrettung befeuert

Dabei mangelt es nicht an Schuldzuweisungen. Die Griechen hätten das billige Geld, das sie nach der Einführung des Euros an den Finanzmärkten aufnehmen konnten, eben nicht investitiv genutzt, sondern für den Konsum. Über die griechische Misswirtschaft kann man in diesen Tagen viele, manchmal abenteuerliche Geschichten aufschnappen.

Der Staat sei von einer unheiligen Allianz aus Politikern, Parteien und Gewerkschaften geplündert worden, heißt es zum Beispiel in der [Frankfurter Rundschau](#). So habe der staatlich kontrollierte Mineralölkonzern Hellenic Petroleum seinen Angestellten 18 Monatslöhne im Jahr gewährt. Selbst Nachwächter sollen Gehälter bekommen haben, von denen andere nur träumen – 72.000 Euro im Jahr. 25 Prozent der Erwerbstätigen sollen ihr Gehalt aus der Staatskasse beziehen. Hinzu kommen eine Reihe handfester struktureller Gründe: die negative Handelsbilanz, zu hohe Lohnstückkosten, steigende Arbeitslosigkeit und hohe Inflation.

Doch das ist nur die eine Seite der Medaille. Die Finanzkrise von 2008 ist die andere. Seit dem die Griechen ihre Banken mit Garantien gerettet haben, stieg auch der Preis für Darlehen, mit dem sich der Staat an den Finanzmärkten mit Kapital versorgen konnte. Wenn sich Griechenland heute an den Finanzmärkten Geld für einen Zeitraum von mehr als zwei Jahren leihen will, dann werden dramatisch hohe Zinsen von über 20 Prozent fällig.

Die Übernahme der Bankrisiken kommt den Staat also teuer zu stehen. Im Verein mit den hausgemachten Problemen führt das ein Jahr nach Beginn des griechischen Schuldendesasters im Ergebnis zu einer scheinbar ausgewogenen Situation. Erst am Montag stuft die Ratingagentur Standard & Poor's (S&P) die Bonität Griechenlands erneut um weitere zwei Noten herab.

Bleibt die Frage, welcher Weg aus der Krise führen könnte?

Szenario eins: Das Fass ohne Boden

Inzwischen spaltet die griechische Krise auch das deutsche Regierungslager. Die größte Sorge der Gegner von Merkels Euro-Rettungskurs ist, dass der deutsche Steuerzahler am Ende die Zeche zahlt. «Für Griechenland und den Rettungsschirm ist Geld da, für eine Entlastung unserer Bürger aber nicht. Das mache

ich nicht mehr mit», [zitiert die Süddeutsche Zeitung](#) den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Jürgen Koppelin. Dass Griechenland weitere Hilfe braucht, scheint zumindest klar. Im Raum stehen gegenwärtig 60 Milliarden Euro, die das Land im Herbst benötigen würde, um über die Runden zu kommen.

Dahinter lauert die Frage, wie lange es dauert, bis Griechenland sich wieder selber helfen kann. Kritiker befürchten, dass Griechenland und in der Folge auch andere Länder in Europa zu einem Fass ohne Boden werden könnten. «Wenn sich die weiteren Befürchtungen bestätigen, dann wird man immer noch mehr Geld brauchen, um andere Staaten zu finanzieren», sagt der Wirtschaftswissenschaftler Wilhelm Nölling. Er [klagt deswegen gegen die Griechenland-Hilfe](#) vor dem Bundesverfassungsgericht. Einen Ausweg kennt Nölling allerdings auch nicht: «Wir sind in einer Sackgasse, wir sind in einer Zwickmühle, aus der wir nicht heraus kommen. Die Probleme sind so ineinander verhakt, dass man noch nicht einmal denkt, was man denken müsste.»

Szenario zwei: Griechenland steigt aus dem Euro aus

Was geschähe, wenn Griechenland zur Drachme zurückkehrt? Zunächst brächte die Rückkehr der griechischen Wirtschaft etwas Erleichterung. Die Drachme würde gegenüber dem Euro deutlich abgewertet, was die Wettbewerbsnachteile Griechenlands entschärfen würde. Griechische Produkte wären für ausländische Interessenten billiger.

Doch ein Ausstieg aus dem Euro könnte sich für alle Beteiligten als Pyrrhus-Sieg herausstellen. Dass die Griechen in diesem Szenario ihre Euro-Schulden zurückzahlen können, scheint völlig ausgeschlossen. Die Folge wäre auch ein «Banken-Run». Bevor der Euro in Griechenland fällt, würden die griechischen Sparer ihre Euros abheben und ins Ausland transferieren. Ein Dominoeffekt könnte eintreten und die Situation in Portugal, Irland und vielleicht sogar Spanien verschärfen. Experten befürchten eine Kapitalflucht nach Deutschland. Das Ende des Euro wäre so gut wie unausweichlich. Die wiedereingeführte D-Mark würde hoch bewertet. Deutsche Waren wären damit im Ausland teuer.

Szenario drei: Die Umschuldung

Umschuldung oder ein Schuldenschnitt bedeutet zunächst nichts anderes als eine Herabsetzung um eine bestimmte Prozentzahl. Ein Schuldenschnitt bei 60 Prozent bedeutet, dass jeder Euro, den Griechenland schuldet, nur noch 60 Cents wert wäre.

Griechenland wäre damit zwar von einem Teil seiner Schuldenlast von etwa 330 Milliarden Euro befreit. Doch der Weg zurück an die Finanzmärkte wäre auf Jahre hinaus verbaut.

Die Gläubiger, vor allem Privatanleger und Institutionen wie Banken, wären von einem Schuldenschnitt betroffen. Es ist nicht auszuschließen, dass einige Banken, auch deutsche, die große Posten griechischer Staatsanleihen halten, vom Staat gerettet werden müssten. Wegen der unabwägbaren Folgen lehnen sowohl die EU als auch Griechenland in ihren offiziellen Erklärungen die Umschuldung ab.

Szenario vier: längere Laufzeiten, niedrigere Zinsen

«Wünschenswert» wäre es nach den Worten des griechischen Finanzministers Giorgos Papakonstantinou, wenn die EU und der Internationale Währungsfonds (IWF) eine Streckung der Zahlungsfristen für die 110 Milliarden Euro Finanzspritzen genehmigen würden. Eine längere Laufzeit in Verbindung mit einer Absenkung des Zinssatzes, den Griechenland für die Hilfen zahlen muss, würde Griechenland mehr Spielraum für die notwendigen Reformen verschaffen. Der [Ökonom Gustav Horn fordert deshalb](#), «dass Griechenland zu denselben Konditionen Kredit bekommt wie die kreditwürdigsten Euro-Staaten, also für etwa drei Prozent.» Die EU solle mit Eurobonds dafür sorgen.

kra/ivb/news.de